

# Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion u. des Rgl. Hauptsteueramtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, **Mittwochs** und **Sonnabends**, und kostet einschließlich der Sonnabends erscheinenden „**Belletristischen Beilage**“ vierteljährlich 1 Mark 50 Pf., Einzelne Nummer 10 Pf.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen. **Einundvierzigster Jahrgang.**

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 9 Uhr angenommen u. kostet die dreispaltige Corpusspalte 10 Pf., unter „Eingeladn.“ 20 Pf. Geringster Inseratenbetrag 25 Pf.

## Nachbestellungen

auf den „sächsischen Erzähler“ für den Monat **December** werden zu dem Preise von **50 Pf.** in der Expedition dieses Blattes, sowie von unseren Zeitungsboten angenommen. **Inserate** finden vortheilhafte Verbreitung. **Die Expedition des „sächs. Erzählers.“**

Donnerstag, den 2. December 1886,

Versteigerung einer Nähmaschine in **Obernaukirch**. Versammlung Vormittags 11 Uhr im Gasthose „zur Krone“. Königlich-Preussisches Amtsgericht Bischofswerda, am 26. November 1886. **Appelt, Ger.-Vollz.**

Donnerstag, den 2. December 1886, Nachmittags 3 Uhr,

Versteigerung einer Kuh und eines jungen Ochsen bei der **Schänke zu Selmsdorf**. Königlich-Preussisches Amtsgericht Bischofswerda, am 25. November 1886. **Appelt, Ger.-Vollz.**

### Politische Weltschau.

Der Wahlspruch der deutschen auswärtigen Politik lautet unverkennbar: „Si vis pacem, para bellum!“ Willst Du den Frieden, so bereite Dich zum Krieg! Das deutsche Reich erfreut sich seit fünfzehn Jahren eines ungestörten Friedens; es steht, wenigstens scheinbar, in guten Beziehungen zu allen Mächten, seine Leitung wird im Auslande sogar wegen ihrer wiederholten erfolgreichen vermittelnden Thätigkeit hochgepriesen. Dennoch kann das deutsche Volk den drückenden Panzer der Kriegsrüstung nicht ablegen, vielmehr soll dieser mit dem Frieden so wenig harmonisierende Harnisch sogar noch verstärkt und erschwert werden. Wenn heutzutage der Krieg einer gefährlichen acuten Krankheit gleicht, wo nach glücklich überstandener Krisis der Genesende hoffen darf, wieder völlig hergestellt zu werden, sieht der dem deutschen Reiche beschiedene lange bewaffnete Frieden einem anscheinend nicht sehr bedenklichen und schmerzhaften chronischen Leiden ähnlich, das aber die Kräfte erschöpft und dem sehr schwer abzubehelfen ist. Nichts kennzeichnet diesen Zustand schärfer, als der Gegensatz, in welchem die Thronrede bei der am Donnerstag erfolgten Eröffnung des deutschen Reichstages zu der neuen Militär-Vorlage und besonders zu den Motiven der letzteren steht. In der diesmal sehr ausführlichen Thronrede heißt es ausdrücklich: „Die deutsche Politik bezweckt die Bewahrung des Friedens und die Erhaltung der Einigkeit aller Mächte; sie wende dafür den Einfluß auf, der Deutschland durch seine Friedensliebe, das allgemeine Vertrauen und seine Nichtbetheiligung an den schwebenden Fragen, sowie durch die enge Freundschaft des Kaisers mit den beiden Nachbarhöfen erwachsen ist.“ Das heißt doch nichts Anderes, als daß das deutsche Reich sich um die entschieden gefährdende Lösung der deutschen Interessen nicht berührenden bulgarischen und ägyptischen Fragen nicht zu kümmern braucht, ferner, daß die deutsche Reichsregierung sich Oesterreich-Ungarn gegenüber nicht tiefer verpflichtet fühlt als gegen Rußland. Ganz anders lautet die Begründung der dem Reichstag bereits am Donnerstag zugegangenen neuen Militär-Vorlage, in welcher lebhaft betont wird, daß es jetzt mehr als je einer gewissenhaften Vergleichung der deutschen Heeresmacht mit derjenigen der Nachbarstaaten bedürfe und kein vaterlandsliebender Deutscher die daraus sich ergebenden Notwendigkeiten verkennen könne. In den Motiven wird ziffernmäßig nachgewiesen, Frankreich habe jetzt 473,552 Mann, Rußland aber sogar 517,000 Mann Friedenspräsenzstärke; es seien auch die Heereskosten der beiden Staaten, sowie die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Lasten bedeutend höher als bei uns.

Nach dieser Begründung erscheint es als geboten, in Rücksicht der zur Zeit herrschenden Verhältnisse mit der Vermehrung unserer Streitkräfte bereits jetzt vorzugehen, da eine Verspätung der Entschliebung verhängnisvoll werden könne. Entschieden wird in dem Entwurfe für die Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit eingetreten. Daß die in der Septennatsvorlage erhobenen militärischen Forderungen riesige Kosten verursachen, die bei der jetzigen Finanzlage des Reiches schwer in's Gewicht fallen, wird selbst von den eifrigsten Freunden der Reichsregierung nicht geleugnet. Indem die neueste Volkszählung von 1885 für den Reichstag von ein Procent der Bevölkerung zu Grunde gelegt wird, handelt es sich um eine Vermehrung des Heeres um 41,000 Mann, also fast um ein Zehntel, ferner um eine einmalige Ausgabe von 24 Millionen und um eine dauernde von 23 Millionen. Das ist für die Finanzen des Reiches um so bedenklicher, als auch nach dem Wortlaut der Thronrede die Verstärkung der Wehrkraft zur See, die Verpflichtungen auf dem Gebiete der Reichsschuld, des Pensionswesens u. s. w. Mehraufwendungen erfordern und ein bedeutender Ausfall an Zudersteuer der Deckung bedarf. Unter solchen Umständen entzieht sich das Schicksal der neuen Militärvorlage jeder Rnthmung. Im Reichstage wird angeblich von conservativer Seite beabsichtigt, die Militärvorlage nicht der Budgetcommission, sondern einem besonderen Ausschusse zu überweisen, um eine Beschleunigung der Verathung möglich zu machen, da im Falle der Annahme der Vorlage ein Nachtragsetat zur Deckung der Ausgaben eingebracht werden muß. Von der Mehrheit der deutschen Volksvertretung läßt sich erwarten, daß sie ebenso wie die möglichste Schonung der Steuerkraft auch die militärische Sicherheit des Reiches im Auge behalten werde, wenn sich auch einzelne Mitglieder der einflussreichen Centrumspartei bereits öffentlich absprechend über die Septennats-Vorlage geäußert haben, so werden doch auch diese nicht die Verantwortung auf sich laden wollen, das zu versagen, was zur Sicherheit Deutschlands nöthig ist. Zunächst müssen freilich die Vertreter der Reichsregierung die Forderungen sowohl vom militärischen Standpunkt wie mit dem Hinblick auf die Weltlage noch genauer, als bisher geschehen ist, begründen. Ist dies in offener Reichstags-Sitzung unthunlich, so mag es in vertraulichen Commissions-Sitzungen geschehen.

Die diesmal so hochinteressante Session der österreichisch-ungarischen Delegationen nähert sich dem Schlusse. In beiden Delegationen sind die wichtigsten Etats für die Kriegsmarine, für das Heer, der Credit für die Repetirgewehre u. einmüthig angenommen worden. Das größte Interesse erregten nach den langen Verhandlungen über das Exposé des Grafen Kalnoth die Berichte der Budgetausschüsse über den Voranschlag des

Budgets des Ministeriums des Auswärtigen. Das darin enthaltene Endurtheil über die von dem Grafen Kalnoth geleitete auswärtige Politik des Kaiserstaates lautete unendlich günstiger, als sich bei der Eröffnung der Delegationen voraussehen ließ, was sich dadurch erklärt, daß der genannte Staatsmann inzwischen Erklärungen abgab, die für die Zukunft eine thatkräftige Orientpolitik ankündigten. Von den ungarischen Regierungsblättern wird zwar das Vorhandensein einer festen Vereinbarung mit England gegen Rußland in Abrede gestellt, aber sehr lebhaft ein energisches Vorgehen Oesterreich-Ungarns behufs Regelung der bulgarisch-ostromelischen Vereinigung befürwortet. Entschließt sich Graf Kalnoth zu einer solchen Herausforderung des diese Frage scheinbar als seine eigene Domain betrachtenden russischen Staats, so geht er so weit, als seine ungarischen Landsleute irgend verlangen können. Von Italien läßt sich erwarten, daß es bei einer Abwicklung der Orientfragen nicht lange die Rolle eines müßigen Zuschauers spielen werde. Als der Deputirte Ruspoli kürzlich in einer Versammlung der Mitglieder der Kammermehrheit sich über den Zustand der Armee und Marine erkundigte, erklärten die anwesenden Minister des Krieges und der Marine, Italien sei für alle Ereignisse bereit, welche die Zukunft auch immer bringen möge. In der Kammer legte der Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, das Grünbuch über die bulgarische Frage vor, welches 84 recht bedeutsame Schriftstücke enthält.

Die belgischen Clerikalen schiden sich an, gegen die persönliche Wehrpflicht und für die Beibehaltung der Militär-Stellvertreter einzutreten. In Gent herrscht zwar wieder äußerliche Ruhe, so daß die Bürgerwehr entlassen werden konnte, doch scheint die Gährung unter den dortigen Arbeitern noch fort zu dauern.

Zwischen der Budgetcommission der französischen Deputirtenkammer und dem Finanzminister Sadi Carnot kam es in den letzten Tagen wieder zu argen Mißhelligkeiten. Nur mit sehr geringer Mehrheit wurde von der Kammer der Antrag verworfen, der auf Streichung der Posten für die Unterstaatssecretäre im Finanzministerium gerichtet war und das von der Kammer am Donnerstag endlich genehmigte Budget zeigte immer noch verschiedene bedeutende Abstriche, in welche die Regierung schließlich willigte, um eine Cabinetskrisis zu vermeiden. Der Präsident der Budgetcommission, Rouvier, tabelte den Minister Freycinet bitter wegen dieser Nachgiebigkeit, die doch von den Verhältnissen geboten war. Mit Mühe und Noth fand der Conseilpräsident in dem ehemaligen Präfecten Bigourd einen Mann für den durch den Tod Paul Bert's erledigten gefährlichen Posten eines Residenten in **Wien**. Das Commando des dortigen Occupationscorps ist dem ehemaligen Kriegsminister Thibaubin zu-gedacht.